

In Würdigung des 60. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949 (1. Teil)

Am 7. Oktober 2009 wäre unsere Deutsche Demokratische Republik 60 Jahre alt geworden. Wir Gedenken heute der DDR, in tiefster Verbundenheit, des Besten und Realsten, was ein Teil der deutschen Arbeiterklasse geschaffen hatte, die sicher auch ihre Fehler, aber doch mehr Erfolge vorzuweisen hatte.

Ihre reale Existenz, mitten in Europa ein Garant für Frieden, ein sozialistischer Staat der Völkerverständigung, des gelebten Internationalismus, der Freiheit und der Menschenwürde zu sein, kann nicht geleugnet werden.

Auch wenn das die Kapitalisten nicht so sehen oder sehen dürfen. Wir alle wissen warum. Damit würden sie ihre reaktionären-faschistischen Positionen aufgeben und zugeben, daß ihr System den Menschen nichts geben kann außer Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg sowie den täglichen Kampf ums Überleben.

Aber diejenigen Menschen in der ganzen Welt, die am eigenen Leib erfahren haben, was gegenseitige Hilfe und Achtung, ohne auf den Geldbeutel zu schauen und nur das Dollarzeichen zu sehen, wissen, daß es sie gab, achten und schätzen die ehemalige DDR noch heute und werden sie nicht vergessen, so wie sie auch nicht die Sowjetunion vergessen werden, ohne die der Sozialismus in Europa und anderswo keinen Einzug gehalten hätte und ohne deren Unterstützung die imperialistischen Bestien blutig und mordend über sie hergefallen wären, siehe Kuba, Vietnam, Korea, Laos, Kambodscha, Guatemala, Ungarn usw.

Alle, die ihr selbst erfahren habt, was es hieß, in einem sozialistischen Land wie der DDR zu leben, zu arbeiten, sich verwirklichen zu können und dies unter unsäglichen Problemen, die nicht hausgemacht waren, sondern durch die Politik der reaktionären Kräfte in der Welt, zum Beispiel den USA, der BRD, Großbritannien und anderen auferlegt und bestimmt wurden.

Aber dennoch haben unsere Menschen, die Menschen in der DDR im brüderlichen Zusammengehen mit der UdSSR und unter deren freundschaftlicher Hilfe, einen Staat geschaffen, in dem es sich menschenwürdig leben ließ.

Es ist aber auch in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam zu machen, daß man den Charakter und das Wesen einer Erscheinung, eines sozialistischen Staates, wissenschaftlich definieren muß, um die Erscheinung ihrer Entstehung nach zu untersuchen. Nur so kann man das Entstehen und die Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik ohne Geschichtsverfälschung richtig beurteilen. Also fangen wir in der Geschichte zur Beurteilung des Entstehens der Deutschen Demokratischen Republik mit folgenden Tatsachen an. Nun, wie kam es im Einzelnen zu der Spaltung?

Am 5. Juni 1945 unterzeichneten die Bevollmächtigten der Siegermächte in Berlin die Deklaration über die Niederlage Deutschlands und die Übernahme der Regierungsgewalt in Deutschland durch die Regierungen der vier Mächte. Bereits vorher, im Mai 1945, hatten die Vertreter dieser Regierungen in der Europäischen Konsultativkommission in London ein Abkommen über den Kontrollmechanismus in Deutschland unterzeichnet, nach dem die Grundforderungen der bedingungslosen Kapitulation verwirklicht werden sollten. Die Grundlage dieses Abkommens bildeten die im Februar 1945 auf der Krimkonferenz von den Regierungshäuptern, ohne Frankreich, angenommenen Prinzipien. Am 26. Juli 1945 wurde Deutschland durch den Beschluß der Europäischen Konsultativkommission für die Zeit bis zum Abschluß eines Friedensvertrages in vier Besatzungszonen eingeteilt – in eine östliche, eine nordwestliche, eine südwestliche und eine südliche Zone. Vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 fand in Potsdam eine Konferenz (Berliner oder Potsdamer Konferenz) der drei Mächte UdSSR, USA und England statt, auf der die politischen und ökonomischen Prinzipien einer koordinierten Politik in Bezug auf das besiegte Deutschland für die Zeit der gemeinsamen Kontrolle festgelegt wurden. Nachzulesen in den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz.

Die Regierungsoberhäupter der drei Mächte verpflichteten sich, Deutschland während der Besatzungszeit als ein wirtschaftliches Ganzes zu betrachten.

Die Durchführung der Beschlüsse des Potsdamer Abkommens wurde dem Kontrollrat übertragen. Sein Sitz war in Berlin. Die herrschenden Kreise der USA, Englands und Frankreichs, die mit ihrer Politik Deutschland gegenüber antidemokratische Ziele verfolgten, gingen schon kurze Zeit nach der Potsdamer Konferenz dazu über, das Abkommen offen zu verletzen. Sie stellten es sich zur Aufgabe, die Selbständigkeit des deutschen Staates zu beseitigen, ihn in kleine Provinzen aufzuteilen, die reaktionären, militaristischen und revanchelüsteren Elemente, die den 2. Weltkrieg entfesselt hatten, lebenskräftig zu

erhalten und mit ihrer Hilfe Westdeutschland in eine Kolonie und in ein Strategisches Anfinarschgebiet gegen die UdSSR und die Länder der Volksdemokratien zu verwandeln.

Die Imperialisten der USA, England und Frankreichs ließen unter Verletzung des Potsdamer Abkommens in ihren Besatzungszonen die deutschen Monopole, die die Inspiratoren und Initiatoren der Hitleraggression gewesen waren, unangestastet. Im Weiteren ließen sie auch den Grundbesitz bestehen. Die Kommission zur Entnazifizierung war durchsetzt mit faschistischen Elementen und wurde zu Kommissionen der Rehabilitierung faschistischer Verbrecher. Führende Nazis wurden von den Amerikanern amnestiert. Das hatte eine verstärkte Zersetzungstätigkeit der nazistischen Elemente zur unmittelbaren Folge. Die westlichen Besatzungsmächte verfolgten die Anhänger der demokratischen antifaschistischen Bewegung und stützten sich in ihrer Politik auf die westdeutsche Reaktion, die sich um die CDU und SPD Westdeutschlands konzentrierte. Die USA, England und Frankreich verboten in ihren Besatzungszonen die Gründung der SED und unterstützten mit allen Mitteln die von Schumacher geführten Sozialdemokraten, die die Schuld an der Spaltung der Arbeiterbewegung in Westdeutschland trugen. In den westdeutschen Ländern wurden antidemokratische Verfassungen angenommen, die von föderalistischen Bestrebungen durchsetzt waren.

Die UdSSR mußte die ganze Last des Krieges mit Hitlerdeutschland und seinen Satelliten tragen, weil die USA (die in den Krieg gegen Deutschland im Dezember 1941 eintraten) und England, die im Verlauf des Krieges gezwungen waren, mit der UdSSR eine Koalition einzugehen, sich nicht die Aufgabe stellte, den Faschismus zu vernichten. Die herrschenden Kreise der USA und Englands, die gegen Deutschland Krieg führten, waren lediglich daran interessiert, Deutschlands Macht zu untergraben und es vor allem als gefährlichen Konkurrenten auf dem Weltmarkt auszuschalten. Einzig und alleiniger Nutznießer und Kriegsgewinnler waren die USA, die mit ihrer Finanzpolitik enorme Gewinne erzielten. Und diese Profite bestimmten auch ihr weiteres politisches und wirtschaftliches Vorgehen.

Um die Spaltung Deutschlands voranzutreiben, nahm die britische Militärverwaltung, ohne den Kontrollrat davon in Kenntnis zu setzen, im September 1945 alle Kohlegruben und im August 1946 die Eisen- und Stahlindustrie im Ruhrgebiet unter ihre Verwaltung.

Im Dezember 1946 trennte die französische Militärverwaltung durch einseitige Handlungen das Saargebiet von Deutschland ab und gliederte es faktisch im März 1950 Frankreich an.

Am 2. Dezember 1946 wurde das angloamerikanische Abkommen über die Bildung der vereinigten amerikanisch-britischen Zone, der sogenannten Biozone, unterzeichnet, der sich später, 1948, auch die französische Zone anschloß.

Auf diese Weise wurden die westlichen Gebiete Deutschlands vom übrigen Deutschland abgetrennt. Damit begannen die herrschenden Kreise der USA und Englands offen eine Politik der Spaltung Deutschlands zu betreiben. Das Abkommen über den Zusammenschluß der westlichen Besatzungszonen erleichterte es den amerikanischen Monopolisten, die deutsche Wirtschaft unter ihren beherrschenden Einfluß zu bringen.

Im Mai 1947 schlossen die anglo-amerikanischen Besatzungsmächte ein Abkommen über die Bildung eines deutschen Bizone-Zweizonen-Wirtschaftsrates und nahmen, in engem Kontakt mit den Anhängern einer deutschen Revanchepolitik, Kurs auf die Schaffung eines reaktionären westdeutschen Staates.

Auf der Londoner Tagung des Rates der Außenminister 1947 machte die sowjetische Delegation den Vorschlag, daß die Regierungen der vier Mächte innerhalb von zwei Monaten dem Rat der Außenminister Einwürfe vorlegen, die als Grundlage für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland dienen sollten. Die Delegationen der USA, Englands und Frankreichs lehnten es jedoch ab, diesen Vorschlag zu prüfen.

Auf der Londoner Separatkonferenz vom 23. Februar bis 1. Juni 1948 faßten die USA, England und Frankreich Beschlüsse, die auf eine weitere Spaltung Deutschlands gerichtet waren. Die Regierungen der Westmächte verwandelten Westdeutschland in ein Anhängsel des aggressiven anglo-amerikanischen Block- und Bündnis-systems gegen die UdSSR und die Länder der Volksdemokratie und bezogen es in die Aktions-sphäre des sogenannten „Marschall-Planes“ ein. Sie arbeiteten ein Projekt der internationalen Kontrolle über das Ruhrgebiet, das sogenannte Ruhrstatut (Dezember 1948 bis Januar 1952) aus, mit dem Ziel, das industrielle Herz Deutschlands aus dem Verband des übrigen Deutschland herauszulösen und die Herrschaft der USA über das

Ruhrgebiet noch fester zu gestalten. Um für eine schnellere Spaltung Deutschlands völlig freie Hand zu haben, machten die Regierungen der Westmächte am 20. März 1948 der Tätigkeit des Kontrollrates ein Ende.

Am 18. Juni 1948 führten die Westmächte in den Westzonen Deutschlands eine separate Währungsreform durch. Auch in den Westsektoren Berlins wurde diese Sonderwährung eingeführt. Gleichzeitig begannen sie, die normalen Handelsbeziehungen zwischen Ost- und Westdeutschland zu stören.

Die herrschenden Kreise der Westmächte führten im Jahre 1949 auf Beschluß der Washingtoner Konferenz der Außenminister der USA, Englands und Frankreichs einseitige Veränderungen der Westgrenzen Deutschlands durch und zwangen Westdeutschland das koloniale „Besatzungsstatut“ auf. Dieses Statut verfolgte das Ziel, das Besatzungsregime auf unbegrenzte Zeit aufrecht zu erhalten und den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zu hintertreiben. Um ihre imperialistische Politik in Westdeutschland zu bemänteln, beschlossen die Regierungen der Westmächte, einen separaten westdeutschen Staat zu schaffen. Die Verfassung dieses Staates wurde durch das koloniale Besatzungsstatut bestimmt.

Am 23. Mai 1949 nahmen reaktionäre westdeutsche Politiker, entgegen den grundlegenden nationalen Interessen des deutschen Volkes, in Bonn die von den westlichen Besatzungsbehörden diktierte und am 12. Mai 1949 durch die Militärgouverneure der USA, Englands und Frankreichs bestätigte antidemokratische sogenannte Bonner Verfassung ohne Einschränkungen an.

Die sozialdemokratischen Führer, mit dem Vertreter der Arbeiterklasse, Kurt Schumacher, an der Spitze, halfen dem anglo-amerikanischen und westdeutschen Imperialismus, Westdeutschland in eine Kolonie und einen Herd des Faschismus und der Revanche zu verwandeln, wobei sie die Interessen des deutschen Volkes verrieten.

Auf der Außenministerkonferenz in Paris 1949 schlug die sowjetische Delegation erneut vor, unverzüglich mit der Ausarbeitung eines Friedensvertrages mit Deutschland zu beginnen und ein Jahr nach Abschluß des Friedensvertrages die Besatzungstruppen abzuziehen. Sie beantragten ferner, auf der Grundlage der in der Ostzone und in den Westzonen bestehenden Wirtschaftsorgane einen gesamtdeutschen Staatsrat zu bilden, der ein Wirtschafts- und Verwaltungszentrum Deutschlands mit Regierungsfunktionen darstellen und der erste Schritt zur Bildung einer gesamtdeutschen demokratischen Regierung sein sollte. Weitere Vorschläge betrafen die Wiederaufnahme der Tätigkeit des Kontrollrats sowie das vom August bis Dezember 1948 durch die amerikanischen und britischen Besatzungsmächte gespaltenen gesamtberliner Magistrats unter anderem. Die Vertreter der USA, Englands und Frankreichs weigerten sich jedoch, diese Vorschläge anzunehmen.

Am 7. September 1949 wurde auf Befehl der amerikanischen und britischen Besatzungsmacht in Bonn eine separate westdeutsche Regierung der deutschen Revanchepolitiker, mit dem erzreaktionären Adenauer an der Spitze, gebildet. **Diese Regierungsbildung stellte die Vollen-dung der Spaltungspolitik der anglo-amerikanischen Imperialisten und Monopolisten in Deutschland dar.**

Angesichts der Tatsachen setzten die fortschrittlichen Kräfte in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), beraten und geführt von der durch den Krieg geschwächten KPD, den Kampf um ein neues Deutschland fort. Dieser Wille widerspiegelt sich in der vom Volk erarbeiteten Verfassung von 1949. Auch hatten die Parteien hier aus der Vergangenheit ihrer Fehler gelernt, die viele Opfer kostete. Fehler von 1918 und im Kampf gegen den Faschismus. Sie zogen die logische Konsequenz in der Bildung einer wirklichen Massenpartei, in der Bildung der SED. Dieser Wille verdeutlichte sich also in der ersten Verfassung, die sich die Menschen in der SBZ selbst ergaben.

Durch Hunderte von Vorschlägen, Abänderungen usw., die in sie einfließen, gestalteten sie die Grundlagen für ihre DDR.

Nicht wie in der BRD, wo das Grundgesetz im stillen Kämmerlein abgesegnet wurde, was ihnen vorher von den West-Alliierten übergeben worden war, ohne die breite Öffentlichkeit bei der Ausarbeitung einzubeziehen.

Nein, bei uns und mit uns nicht!

O. Semmler/O. Meerbote

(Fortsetzung erfolgt in der nächsten Ausgabe)

In Würdigung des 60. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949 (2. Teil)

Die Gründung eines neuen Staates am 7. Oktober 1949 auf dem Territorium der SBZ war also zwingend notwendig geworden und ergab sich als historische Chance aus der Abspaltung der Westzonen durch die imperialistischen Alliierten unter dem offenen Bruch von Jalta und Potsdam. Dadurch bedrohten sie die Existenz der gesamten deutschen Nation und gefährdeten den Weltfrieden aufs Neue.

Der Deutsche Volksrat brachte den Willen der Mehrheit des Volkes zum Ausdruck, als er auf seiner 9. Tagung am 7. Oktober 1949 das Manifest der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands (die Verfassung) annahm und die Gründung der DDR sowie die Bildung ihrer Provisorischen Regierung verkündete. Der Volksrat proklamierte sich zur Provisorischen Volkskammer. Am 10. Oktober übertrug die Sowjetunion der Provisorischen Regierung die Verwaltungsfunktionen, die vorher von der SMAD in Deutschland ausgeübt worden waren. Am 11. Oktober 1949 wurde auf der gemeinsamen Sitzung der beiden Kammern, der Volks- und Länderkammer, des provisorischen Parlaments, Wilhelm Pieck einstimmig zum Präsidenten der DDR gewählt. Am 12. Oktober 1949 wurde aus Vertretern aller politischen Parteien die Provisorische Regierung der DDR, mit Otto Grotewohl an der Spitze, gebildet. Damit war die Gründung der DDR abgeschlossen und der neue Weg konnte weiter beschritten werden.

Damit war aber noch kein sozialistischer Staat entstanden. Die Grundlagen waren zwar durch die Bodenreform, Enteignung der Kriegsverbrecher usw. geschaffen worden, aber der Übergang zur sozialistischen Gesellschaft war noch ein langer Weg.

Kurz vor der Gründung der DDR wurden zwei wichtige Dokumente erarbeitet und bestätigt. Das erste Dokument war die Verfassung vom 7. Oktober 1949, und das zweite Dokument war die Nationalhymne. Beide Dokumente waren schon damals so fortschrittlich und progressiv, daß sie für die Vereinigung von allen Besatzungszonen auf deutschem Boden nach dem Potsdamer Abkommen gelten konnten.

Wie wahr, was Erich Honecker erst viele Jahre später sagte, „daß sich Feuer und Wasser nicht vereinigen lassen“. Das Feuer loderte für den Fortschritt des Sozialismus und das Wasser war der rückschrittliche Kapitalismus und Faschismus.

Dieser Kampf für ein friedliebendes Deutschland wurde von den Kommunisten in der DDR im Grunde bis zur Grenzsicherung und noch viel weiter geführt. Wie wurde der Staat DDR definiert?

Die DDR, Abkürzung für Deutsche Demokratische Republik, ist ein sozialistischer Staat in Mitteleuropa, in dem sich die sozialistische Nation entwickelte. Die DDR ist ein fester Bestandteil der sozialistischen Staatengemeinschaft und des sozialistischen Weltsystems. Sie gehört dem Warschauer Vertrag seit 1955 und dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe seit 1950 an. Das Staatsgebiet der DDR umfaßt 108.177 Quadratkilometer und ist in 15 Bezirke gegliedert. Die Hauptstadt ist Berlin. Die Bevölkerung beträgt rund 17,8 Millionen Einwohner. Dem Staatsaufbau der DDR liegen die Grundsätze des demokratischen Zentralismus und der sozialistischen Demokratie zugrunde.

Soweit die Definition. In Ergänzung müssen noch typische Charakteristika genannt werden, um den Zusammenhang der Besonderheiten zu verstehen. Das Bündnis aller Kräfte des Volkes findet in der Nationalen Front seinen organisierten Ausdruck. Die DDR ist ein hochentwickelter sozialistischer Industriestaat (mit einer verarbeitenden Industrie) und einer hochproduktiven Landwirtschaft. Sie gehört zu den zehn bedeutendsten Industriestaaten der Erde und steht unter den europäischen Staaten an fünfter Stelle. Der wirtschaftliche Aufbau in den ersten Jahren in der DDR entwickelte sich unter schwierigen Bedingungen: Ungenügende Mengen eigener Bodenschätze, außerordentlich große Kriegszerstörungen, strukturelle und räumliche Mißverhältnisse als Folge der vom Imperialismus vollzogenen Spaltung Deutschlands. Die Landwirtschaft begann mit der demokratischen Bodenreform. In ihrer Folge entstanden die LPG's (Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften). Es folgten die Jahre der Spezialisierung im Rahmen des RGW in der sozialistischen Staatengemeinschaft.

Und noch eine weitere Besonderheit ist Zeugnis für den friedlichen Arbeiter- und Bauernstaat Deutsche Demokratische Republik: Viele volkseigene Betriebe, Kombinate, Schulen, Ferienlager, Straßen, Plätze und andere Einrichtungen trugen die Ehrennamen von Kommunisten wie Karl Marx, Friedrich Engels, Wladimir Iljitsch Lenin, Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Ernst Thälmann.

Man könnte es vielleicht auch damit begründen: Die Führungsrepräsentanten wie Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl, Walter Ulbricht und Erich Honecker gingen bei diesen Kommunisten in die Schule.

Erich Honecker beurteilte Ernst Thälmann so: Ernst Thälmann war unter uns. ... Ernst Thälmann war uns gegenwärtig, als sich 1945 die Kommunistische Partei Deutschlands aus der Illegalität erheben konnte ... Die Ideen Ernst Thälmanns waren mit uns ... Ernst Thälmann war unter uns, als wir 1949 unsere Republik gründeten ... Ernst Thälmann ist jetzt unter uns. Weil wir uns geschworen haben, in seinem Sinne unsere Republik zu festigen und zu stärken und das Banner der sozialistischen Revolution immer weiter vorwärts tragen.

Das Bildungssystem in der DDR wurde allmählich aufgebaut. Hier muß berichtet werden, daß es mit ganz kleinen Schritten, aufangs mit der Grundschule und dem Mehrklassenunterricht bis hin zum sozialistischen Bildungssystem, vorwärts ging. So hat man von der Kinderkrippe über den Kindergarten zur Grundschule (dann polytechnisches Schulsystem), den Kindern und Schülern ihren Weg geebnet. Natürlich gehörten zum sozialistischen Bildungssystem auch alle Schulen wie die EOS (Erweiterte Oberschule), KJS, den Fach- und Hochschulen sowie Universitäten mit einem abgestimmten einheitlichen Lehrplan dazu – und das in der ganzen DDR. Auch Verwaltungsschulen wurden eingerichtet. Die Körperkultur und der Sport waren in dieses System integriert (zum Beispiel durch die KJS) eingebunden.

Zunächst war die territoriale Einteilung von Ländern wie Mecklenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Thüringen gegeben. Danach erfolgten im Rahmen der Neueinteilung der Infrastruktur die 15 Bezirke wie Rostock, Neubrandenburg, Schwerin, Cottbus, Frankfurt/Oder, Potsdam, Magdeburg, Halle, Leipzig, Dresden, Karl-Marx-Stadt, Gera, Erfurt, Suhl und Berlin als Hauptstadt der DDR.

Die zwei Verfassungen der DDR:

Es gab am 7. Oktober 1949 die 1. Verfassung mit der Gründung der DDR. Der Inhalt sollte damals für ganz Deutschland gelten. Die 2. Verfassung trat am 9. April 1968 in Kraft. Sie wurde aufgrund der veränderten objektiven Realität ausgearbeitet und enthielt alle humanitären und friedliebenden Festlegungen für die DDR-Bürger und keine Ansprüche gegenüber anderen Ländern, wie zum Beispiel das Grundgesetz der BRD sie erhob.

Als Ausdruck der Absicherung einer guten Lebensqualität sind stellvertretend folgende Rechte der DDR-Bürger zu nennen:

- Gesellschaftliche politische Mitbestimmung.
- Recht auf Arbeit.
- Berufliche Weiterbildung und Qualifikation (unabhängig von der sozialen Herkunft).
- Kostenfreie medizinische Versorgung aller Bürger in jeder Phase ihres Lebens.
- Kostenarme Betreuung von Geburt an.
- Rente für Frauen mit 60 Jahren, für Männer mit 65 Jahren.
- Bereitstellung von Wohnraum.

Die erste große politische Entscheidung in der DDR-Entwicklung war die Durchführung der Bodenreform. Mit dieser Maßnahme wurde der Grundstein für die Beschaffung der Grundversorgung mit Nahrungsmitteln durch viele tausende Kleinbauern gelegt. Hier anschließend die Entwicklung der Landwirtschaft anzuführen ist logisch. Ab dem Jahr 1952 wurde in der ganzen DDR mit dem Aufbau der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften begonnen.

Zunächst Typ 1 mit der Zusammenführung der „Viehproduktion“ wie Schweine, Kühe und Pferde. Es folgte die Bildung des Typ 2 und Typ 3,

bis eine Zusammenführung von Tier und Land in einem Betrieb vereinigt war. Diese Entwicklung zog sich bis zum Jahr 1960 hin, wo dann auf diesem Sektor der Landwirtschaft die Grundversorgung der Bevölkerung gesichert war. Zu dieser Entwicklung war parallel der Aufbau der Versorgung mit Arbeitsmitteln für die Boden- und Feldwirtschaft durch die im Anfang gegründete MAS – sprich Maschinenausleihstation – und schließlich MTS – sprich Maschinen- und Traktorenstation.



Neue Industriebetriebe sind errichtet worden, wie hier in Teltow bei Berlin zum Beispiel die VEB Geräte- und Reglerwerke, um im technischen Bereich die Produktion zu erhöhen.

Diese Stationen waren Partner der LPG. Zusammenfassend sei darauf hingewiesen, daß sich in den Folgejahren Kooperationen in der LPG bildeten und eine Trennung von Feld- und Viehwirtschaft erfolgte. Die Feldwirtschaft war folglich auch der Versorger der Viehwirtschaft. Und neben der LPG gab es auch Volkseigene Güter mit der Abkürzung VEG zur Versorgung zum Beispiel mit Zierpflanzen usw.

Einige Bemerkungen zum Bauwesen der DDR

Eine Hauptaufgabe bestand darin, jeden Bürger mit Wohnraum zu versorgen.

In den Anfängen nach der Gründung der DDR gab es zunächst lokale Baubetriebe, die in Gemeinden und Kreisen kleinere Bauobjekte realisierten. Es folgten die Ausbildungen der Meister, Bauingenieure, Architekten und Diplomingenieure. Diese Fachkader wurden parallel zur Entwicklung der Bauindustrie ausgebildet und deren weitere Fortbildung war ebenfalls gesichert.

So wurden zur Lösung der Bauaufgaben folgende Betriebsformen entwickelt:

- Das Bau- und Montagekombinat (BMK) mit der Wahrnehmung der Realisierung zentral geleiteter Industriebauten.
- Das Kombinat Talsperrenbau Weimar mit der Aufgabenrealisierung beim Talsperrenbau.
- Das Wohnungsbaukombinat (WBK) – bezirksgeleitet – mit der Wahrnehmung der Aufgaben im komplexen Wohnungsbau als Generalauftragnehmer für die Erschließung und Hochbauten sowie Freiflächengestaltung wie Wohnungsbauten, Kinderkombinationen, Schulen, Sporthallen, Kaufhallen und weiterer Objekte, auch für die Freiflächengestaltung vor allem für Wohngebiete als Generalauftragnehmer (GAN).
- Straßen und Tiefbaukombinat (STK) als Kooperationspartner in der Funktion als Hauptauftragnehmer beim GAN WBK.
- Das Landbaukombinat (LBK) als Kooperationspartner in der Funktion als Hauptauftragnehmer für die Freiflächengestaltung beim GAN.
- Zwischengenossenschaftliche Bauorganisationen (ZBO) mit der Aufgabenrealisation von Bauten in der Landwirtschaft.
- Autobahnkombinat (ABK) mit den Aufgaben im Autobahnbau.

Für die Ausbildung von Lehrlingen und die Aus- und Fortbildung von erwachsenen Mitarbeitern waren Betriebsschulen in den zentral- und bezirksgeleiteten Betrieben eingerichtet.

Natürlich muß auch dargelegt werden, wie es mit der politischen Führung in der DDR vor sich ging.

O. Semmler/O. Meerbote

(Fortsetzung erfolgt in der nächsten Ausgabe)

In Würdigung des 60. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949 (3. Teil)

Die Parteien mit gleichberechtigten prozentualen Stimmanteilen in der DDR:

- Die Sozialistische Einheitspartei (SED).
- Die Christlich Demokratische Union (CDU).
- Die Liberaldemokratische Partei Deutschlands (LDPD).
- Die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD).
- Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD).

Es waren fünf an der Zahl, die mit ihrem Stimmrecht in der Regierung und in der Volkskammer vertreten waren und am Aufbau der DDR aktiv tätig waren. Und ein Beispiel sei genannt, um daran zu erinnern: Die CDU hatte federführend das Ministerium für Kultur und Sport geleitet. Ja, es war so!

Partei-vorstand	Mitglieder-zahl	Zentral-organ
SED (1946) Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl	1.298.000	Neues Deutschland
SED (1947) General-sekretär: Walter Ulbricht	1.800.000	Neues Deutschland
CDU (1948) Otto Nuschke	212.000	Neue Zeit
LDPD (1949) Hans Loch	197.000	Der Morgen
NDPD Lothar Bolz		National-Zeitung
DBD Ernst Goldenbaum		Bauern-Echo

Die Massenorganisationen mit gleichberechtigten Stimmanteilen in der DDR:

- Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB).
- Die Pionierorganisation (Jungpioniere und Thälmann-Pioniere), 1951 mit 160.700 Mitgliedern.
- Die Freie Deutsche Jugend (FDJ), 1951 mit 2.000.000 Mitgliedern.
- Der Demokratische Frauenbund Deutschlands (DFD), 1949 mit 5.300.000 Mitgliedern.
- Die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB).
- Der Kulturbund der DDR, 1950 mit 160.000 Mitgliedern.
- Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN).

Sie, alle die Parteien und Organisationen, waren am Aufbau der DDR beteiligt.

Und so sieht die politische Zusammensetzung der Volkskammer 1949 (Ministeranzahl mit und ohne Geschäftsbereich) aus:

Ein Ministerpräsident (SED); ein Minister (parteilos); acht Minister (SED); ein Minister (DBD); vier Minister (CDU); drei Minister (LDPD); und ein Minister (NDPD).

Politische Zusammensetzung der Volkskammer:
96 Sitze SED; 15 Sitze DBD; 46 Sitze CDU; 46 Sitze LDPD; 5 Sitze SPD/Berlin; 30 Sitze FDGB; 10 Sitze FDJ; 11 Sitze DFD, 34 Sitze Kulturbund; 10 Sitze VVN; 5 Sitze VdgB; 5 Sitze Genossenschaften.

Gesamtsumme der Volkskammersitze:
330 Personen.

Was es in der DDR nicht gab:

Keine Obdachlosigkeit! Keine Bettler! Keine Arbeitslosigkeit! Keine Menschen ohne Sozialversicherung! Keine Kinderarmut! Keine

Ausbeutung des Menschen durch den Menschen! Keine Kriegsführung gegen andere Länder! Keine Essensversorgung durch die Tafel! Keine Neonazis, die offen auf der Straße ihre politischen Ansichten verbreiten! Kein Rassenhaß mit Aufwiegelung zu Körperverletzung und Mord!

Ein Beispiel für die Essensversorgung durch die „Erfurter Tafel“ sei hier genannt.

Sie besteht seit 1996, sie trägt sich aus Spenden und dem, was aus Supermärkten bereitgestellt wird. Die „Erfurter Tafel“ versorgt 8.700 (mit entsprechend steigender Tendenz bei steigender Verarmung) Frauen, Männer und Kinder – bezogen auf die Information von der Zeitschrift „Hallo Thüringen“ unter dem Titel „Osterhase bei der Erfurter Tafel“ im Jahr 2009.

Nein, das gab es in der DDR nicht!

Die imperialistischen Staaten mit den USA an der Spitze haben schon nach dem Potsdamer Abkommen einen erbitterten Kampf in Form einer Konterrevolution von mehr als 40 Jahren gegen die sozialistische Staatengemeinschaft geführt und das mit Worten und Taten durch Boykott in den Wirtschaftsbeziehungen. Am härtesten hatte es die Deutsche Demokratische Republik getroffen, grenzte sie doch an die kapitalistische BRD, und das auch noch mit gleicher Sprache, was sich günstig in diesem Kampf für die BRD auswirkte. Einige Worte zur Grenzsicherung in diesem Zusammenhang: Die DDR hatte, wie jeder andere Staat das Recht gehabt, ihren Staat durch eine Grenze gegen reaktionäre Mächenschaften zu sichern.

Diesen reaktionären Umtrieblern sei heute und hier gesagt:

Die DDR kann nachweisen und beweisen, daß sie ein friedliebender sozialistischer Staat mit humanitärem Charakter war. Sie hatte im Jahr 1973 mit 76 Ländern diplomatische Beziehungen und war damit international anerkannt.

Euch imperialistischen Ländern sei gesagt, um mit Galileo Galilei zu antworten:

Die DDR drehte sich neben der BRD 40 Jahre mit auf dem Erdball.

Und sie drehte sich doch, und es gab sie doch, die DDR!

Wenn Friedrich Engels in diesem Zeitraum gelebt hätte, könnte er gesagt haben: „Indes, die DDR war ein friedliebender sozialistischer Staat, an dem zu ändern sich das Großkapital der BRD und die anderen kapitalistischen Staaten nicht das Recht zuschreiben können.“

Und was würde heute Lenin zu dieser internationalen Konterrevolution gegen die sozialistische Staatengemeinschaft sagen?

Lenin sprach in diesem Zusammenhang von möglichen „Perioden des Zurückgehens, der zeitweiligen Niederlagen, wenn uns die Geschichte oder der Feind zurückwirft“.

Er setzt dann hinzu: „Wie viele Etappen zum Übergang zum Sozialismus noch vor uns liegen, wissen wir nicht und können es nicht wissen.“ „Und wie der vollendete Sozialismus aussehen wird – nein, das wissen wir nicht.“

Die politische Wertung für das Ende des Staates DDR:

Es gibt im Klasseukampf als Definition für eine Gesellschaftsänderung nur zwei Begriffe, aber keinen dritten Begriff (wie Wende)! Der eine Begriff heißt Revolution und der andere heißt Konterrevolution, und das, so lange es in der Geschichte Gesellschaftsformationen gibt.

Revolution: Grundlegende qualitative Umwälzung im Leben der Gesellschaft, die im allgemeinen durch die Beseitigung einer überlebten und die Errichtung einer höheren ökonomischen Gesellschaftsformation und damit verbunden durch den Übergang der politischen Macht aus den Händen einer reaktionären in die einer progressiven Klasse charakterisiert ist.

Konterrevolution: Form des Klassenkampfes reaktionärer Klassen; eine Konterrevolution hat das Ziel, die Errungenschaften einer Revolution

rückgängig zu machen, insbesondere die durch die Revolution entstandene Staatsmacht zu liquidieren und die alten Zustände zu restaurieren.



Rostock: Markt mit Blick zur Marienkirche.

Konterrevolutionen sind Versuche überlebter Klassen oder Klasseufractionen, den gesetzmäßigen gesellschaftlichen Fortschritt aufzuhalten. Jede Konterrevolution ist durch Gewalt, Terror, Nötigung und brutale Unterdrückung gekennzeichnet. Die Konterrevolutionen durchlaufen in der Regel eine ideologische Vorbereitungsphase, in der die alten gesellschaftlichen Kräfte ihre Ansprüche im Namen einer allgemeinen Demokratie und Freiheit vortragen und so versuchen, Unglauben der neuen, durch die Revolution entstandenen Ordnung zu verbreiten. (Kleines Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Philosophie)



Dresden: Die im 2. Weltkrieg durch anglo-amerikanische Bomben zerstörte Altstadt wurde neu aufgebaut.



In der DDR hatten die Kinder eine Zukunft.



Ein solches Bild war in der DDR nicht ungewöhnlich. Soldaten der Nationalen Volksarmee während einer Marschpause im herzlichen Gespräch mit den Bürgern. Ihre Aufgabe war es, ihr sozialistisches Vaterland vor dem imperialistischen Feind zu schützen.

Was also war 1989? Natürlich eine Konterrevolution, geht man von den oben genannten Definitionen aus. Die reaktionären Kräfte, denen die DDR schon immer ein Dorn im Auge war, haben noch einmal über den gesellschaftlichen Fortschritt gesiegt. Aber alle Diskriminierungsversuche werden ins Leere laufen, denn heute erkennen viele Menschen, daß die DDR, das sozialistische Deutschland, der fortschrittlichere Staat war.

O. Semmler/O. Meerbote